Bocholter-Borkener

Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Ahaus: W. Wolsing. Werth: P. Parreé. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 124 | Samstag, den 7. Mai | Jahrgang 1927

Die Lage im Reiche.

In wenigen Tagen tritt der Reichstag wieder zusammen. Es wurde daher allmählich Zeit, daß eine Sitzung des Reichskabinetts stattfand, nachdem seine Mitglieder wochenlang nicht zusammengewesen waren, umsomehr aber ein Teil von ihnen durch nicht ganz harmlose Reden dafür gesorgt hatte, daß der Eindruck weitgehender Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen werden konnte. Die oppositionelle Presse hat sehr hellhörig alle diese Aeußerungen registriert und nicht versäumt, daraus eine Krise zu konstruieren. Diese erschien den Blättern der Linken umso wahrscheinlicher, als sich die deutschnationale Presse noch immer in Angriffen auf Dr. Stresemann und seine Außenpolitik gefällt und das Republikschutzgesetz demnächst abläuft, seine Erneuerung oder Verlängerung aber ohne Zweifel für die Deutschnationalen eine harte Nuß darstellt, die sie nicht mit Begeisterung knacken dürften.

Was somit zur Begründung einer kritischen Situation zusammengetragen wurde, war in der Tat nicht ganz belanglos. Und wir sind weit davon entfernt, etwa sagen zu wollen, daß uns die Haltung der Deutschnationalen in diesen Wochen parlamentarischer Ruhe gefallen habe. Die Rede des Vizekanzlers Hergt auf einer Ostmarkentagung seiner Partei in Beuthen war eine Störung der Kreise des Außenministers, ihr scharfer gegen Polen gerichteter Ton war nicht geeignet, die deutsch-polnischen Verhandlungen zu fördern. Sie hat denn auch in der öffentlichen Meinung Polens einen ziemlich erregten Widerhall gefunden. Der Reichsinnenminister Dr. v. Keudell gab in München Aeußerungen von sich, die man vom innerpolitischen Standpunkt aus nicht als glücklich bezeichnen kann, und der Reichsernährungsminister Schiele setzte sich in Versammlungen mit aller Entschiedenheit für die Erhöhung und den Ausbau des Schutzzolles ein, während der Reichsaußenminister Dr. Stresemann und der Reichsfinanzminister Dr. Köhler sich, im Gegensatz zu ihrem deutschnationalen Kollegen, dahin aussprachen, daß das Heil der deutschen Wirtschaft in ihrer immer engeren Verflechtung mit der Weltwirtschaft beschlossen liege. Der kritische Beobachter konnte somit Gegensätzlichkeiten und Unstimmigkeiten in der politischen Grundeinstellung bei Mitgliedern desselben Kabinetts feststellen. Die Gefahr eines Auseinanderredens der Minister war tatsächlich gegeben, und daß man die Lage, die entstanden ist durch diese Reden, durch die Artikel des Grafen Westarp in der „Kreuzzeitung", des deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven in der „Deutschen Zeitung", der eine Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik glatt abgelehnt, und durch die Angriffe gegen Dr. Stresemann in der deutschnationalen Provinzpresse, deren Uebereinstimmung in der Tendenz und oft auch im Wortlaut auf einheitliche Direktive schließen lassen, im Reichskanzlerhaus nicht als ganz einfach ansah, beweist die Ansetzung mehrerer Tage für Sitzungen des Kabinetts.

Immerhin gab es auch genug Gründe, die trotz dieser Unerfreulichkeiten eine ruhigere Betrachtung der Dinge angezeigt erscheinen ließen. Man brauchte ja nur daran zu denken, daß wir, wenn die jetzige Koalition zu Bruch ginge, im Reiche vor einer Situation stehen würden, die dem Bankerott des Parlamentarismus verzweifelt ähnlich sähe, daß aber die Koalitionsparteien, die unter voller Beachtung der den Regierungskurs festlegenden Richtlinien und unter Erledigung einer ganzen Reihe sehr wichtiger Gesetze die ersten drei und sicherlich schwierigsten Monate ihres Zusammenarbeitens sehr gut überstanden haben, an der Schaffung einer solchen Situation kein Interesse haben können. Ferner war zu bedenken, daß es sich bei verschiedenen Reden um Differenzen handelt, die in den von den Rednern geleiteten Ressorts begründet liegen, daß jeder also seine Ressortmeinung zu strittigen Fragen zur Geltung zu bringen sich bemühte.

Gewiß, um es nochmals zu sagen, erfreulich war dies nicht, aber es war auch nicht so gefährlich, wie es oppositionellen Publizisten erschien. Denn sonst wäre es wohl nicht möglich gewesen, in einer Kabinettssitzung sämtliche Fragen zu erledigen, die auf der Tagesordnung standen; daß darunter die zu Tage getretenen verschiedenen Auffassungen waren, ist selbstverständlich. Damit soll gewiß nicht behauptet werden, daß aus der schnellen Bewältigung der Tagesordnung der Schluß auf die volle Harmonie der Kabinettsmitglieder gezogen werden kann, wohl aber darf man daraus auf ihren Willen schließen, Meinungsverschiedenheiten nicht zu Gefahren für den Bestand der Regierung auswachsen zu lassen. So wenigstens glauben wir die öffiziöse Meldung über die Kabinettssitzung am Donnerstag deuten zu dürfen.

Die Klärung der Lage innerhalb des Kabinetts, für dessen Arbeiten und Ansehen es sehr notwendig ist, daß nicht durch ausgedehnte Ministerreisen einheitliche Führung und gemeinsame Beratungen weiter unmöglich gemacht werden, bedeutet natürlich noch nicht, daß man nun auch die parlamentarische Lage als geklärt ansehen kann. Die Fraktionen des Reichstages werden ja erst am Anfang nächster Woche zusammentreten. Man weiß aber zur Genüge, daß ganz abgesehen von der Außenpolitik, deren auf Verständigung hinzielenden Kurs nach einer Aeußerung des deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden in der Hamburger Bürgerschaft 5 999 999 von 6 Millionen deutschnationalen Wählern nicht billigen sollen, das nun nicht mehr länger aufschiebbare Reichsschulgesetz und das schon erwähnte Republikschutzgesetz sehr starke Gefahrenmomente enthalten. Was die Schulfrage anlangt, so liegen da die Schwierigkeiten innerhalb der Koalition bei der Deutschen Volkspartei, die in Uebereinstimmung mit den Demokraten die Simultanschule als die beste Schulart ansieht. Beim Gesetz zum Schutz der Republik aber sind es vor allem die Deutschnationalen, bei denen starke Widerstände zu überwinden sein werden. Das Gesetz läuft am 21. Juli ab. Es ist notwendig, daß entweder ein neues Gesetz geschaffen oder das alte, obwohl es einzelne überflüssig gewordene Bestimmungen enthält, verlängert wird. Das stärkste Hemmnis für die Deutschnationalen ist der Kaiserparagraph. Aber gerade er ist, soll die Ruhe im Innern nicht gestört werden, nicht zu entbehren. In maßgebenden Zentrumskreisen ist man der Meinung, daß es das einfachste und praktischste ist, das Gesetz auf zwei Jahre zu verlängern. In der Zwischenzeit könnte dann die für das neue Strafgesetzbuch einzusetzende Kommission untersuchen, ob und in welcher Form die Einführung von gewissen Bestimmungen des Republikschutzgesetzes in das neue Strafgesetzbuch möglich wäre. Dabei wäre insbesondere auch an einen erhöhten Schutz der persönlichen Ehre, namentlich für leitende Staatsmänner, zu denken. Der Verlauf des Plauener Prozesses legt diesen Gedanken nahe.

So wird zunächst der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien sehr wichtige Verhandlungen zu führen haben. Und man wird auch wohl erwarten dürfen, daß bei dieser Gelegenheit die Deutsche Volkspartei über die deutschnationale Presse einiges zu sagen haben wird. Es ist dringend notwendig, daß diese von der Leitung ihrer Partei zu der Disziplin angehalten wird, die im Interesse der Koalition erforderlich ist. Bisher arbeitet sie nach dem unmöglichen Rezept einer „oppositionellen Regierungspartei", indem sie verlästert, was ihr nur gerade in den Kram paßt, vor allem natürlich die Politik Stresemanns. Wir haben hier schon einmal betont, daß die Schonzeit für die Deutschnationalen jetzt vorüber ist. Jetzt müssen endlich von ihrer Parteileitung klare Worte gesprochen werden.

Am Vorabend der Stahlhelmkundgebung.

Ein Auftakt mit Erbsensuppe und Wurst.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 6. Mai. (Eig. Drahtb.)

Angesichts der bisher getroffenen umfangreichen Reklame müßte es fast den Anschein haben, als ob ganz Berlin wegen des Stahlhelmtages Kopf stünde. Wer jedoch mit noch so öffenen Augen durch die Reichshauptstadt geht, merkt herzlich wenig von der bevorstehenden Demonstration, obwohl die „Vorhut" bereits im Gelände eingetroffen ist. Mit einem Pressempfang am Donnerstag abend fing der Betrieb an. Es muß anscheinend „zünftig" zugegangen sein, wie aus einem Bericht der „Deutschen Zeitung" entnommen werden kann. Dieses rechtsradikale Organ schildert nämlich nach der Feststellung, daß der Frontsoldatentag des Stahlhelm begonnen habe, die Situation folgendermaßen:

„Den Auftakt bildete ein Empfang der Vertreter der Presse des ganzen Deutschen Reiches im Hotel „Prinz Albrecht". Nach kurzer Begrüßung und Erneuerung der Bekanntschaften setzte man sich an die Tafel. In der Ecke des Saales stand eine Gulaschkanone, ein Hornist blies „Essenholen" und dann gab es Erbsensuppe mit Wurst. Zu dieser Erbsensuppe spendete der Landesverband Westfalen einen tüchtigen „Swarten Korn" (!). Wie alte Soldaten stürzten sich die Stahlhelmer und, ihrem Beispiel folgend, die Pressevertreter mit hungrigen Mäulern über dieses genußreiche Mahl. Der Landesverbandsführer von Groß-Berlin erhob sich und hieß die Vertreter der Presse auf das herzlichste willkommen. Bald darauf ein neues Trompetensignal. Der Bundesführer Seldte stand auf und sprach zu den geladenen Gästen vom Geiste des Stahlhelms."

In dieser Tonart geht es in dem genannten Blatt weiter. Verlaufen der Samstag und Sonntag genau so feucht-fröhlich und harmlos, so wird die ganze Kundgebung wohl in keiner Weise schlimme Ausschreitungen im Gefolge haben. Von dieser Auffassung lassen sich auch mit Ausnahme von einigen kommunistischen Drahtziehern alle vernünftigen Elemente in der Reichshauptstadt leiten. Besonders dem „Vorwärts" muß man es anrechnen, daß er immer wieder zur Ruhe mahnt und die sozialistische Arbeiterschaft vor unnützen Gegendemonstrationen warnt. Den Kommunisten aber schreibt das sozialdemokratische Organ folgende Liebenswürdigkeiten ins Stammbuch:

„Die Versuche der K. P. D., zum 7. Mai einen Generalstreik zu inszenieren, sind kläglich gescheitert. Selbst ihre eigenen Funktionäre, soweit sie sich in verantwortlicher Stellung befinden, haben es abgelehnt, diesen Unfug mitzumachen. Auch die von Kommunisten geleiteten Ortsverwaltungen haben sich als „Verräter an der Arbeiterklasse" bewährt und in kluger Einschätzung des Rummels, der da aufgezogen wurde, es für richtig befunden, die notwendige Disziplin in der Klassenfront der Arbeiter zu halten. Denn, wenn die „Rote Fahne" alle Tage die „Weltrevolution" verkünden und einen Generalstreik fordern kann, so kostet das nur etwas Papier und Druckerschwärze. Die Arbeiterschaft zu einer wuchtigen Kundgebung auf die Beine zu bringen, von ihr das Opfer eines verlorenen Arbeitstages zu fordern, verlangt schon erheblich mehr Mühe. Die Arbeiterschaft kann nicht alle Tage und auch nicht alle acht Tage auf die Straße gehen. Es müssen schon lebenswichtige Interessen auf dem Spiele stehen, wenn eine Massenkundgebung der Arbeiterschaft organisiert werden soll. Die K. P. D. hat sich aber, um an die Massen heranzukommen, auch sogenannte Erwerbslosenausschüsse zugelegt und einen Ausschuß der Notstandsarbeiter. Von diesen hat sie nun einen „Generalstreik" verkünden lassen! Wie man sieht, fürchtet sich die K. P. D. auch nicht vor der Lächerlichkeit. Ein Generalstreik der Erwerbslosen! Auf eine solche Idee können nur Leute kommen, denen jedes Augenmaß und jedes Gefühl für den Ernst und die Tragweite der Arbeiterbewegung fehlt."

Dieser sozialistischen Kritik an den kommunistischen Machenschaften braucht wahrhaftig nichts mehr hinzugefügt zu werden. Die von den Kommunisten geplanten Störungsversuche werden, nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf ihre kindische Ungeschicklichkeit, voraussichtlich völlig wirkungslos verpuffen. Der Stahlhelm hat von dieser Seite nichts zu befürchten. Andererseits werden aber die Stahlhelmleute darauf verzichten müssen, bei ihren Veranstaltungen Vertreter amtlicher Stellen begrüßen zu können. Wie wir nämlich erfahren, wird weder die Reichsregierung noch die preußische Regierung noch die Stadt Berlin einer an sie ergangenen Einladung Folge leisten. Ebenso wird ein zu Ehren des Reichspräsidenten in Aussicht genommener Fackelzug ins Wasser fallen; denn Herr von Hindenburg reist nach Oldenburg, um der dortigen Regierung einen Besuch abzustatten.

Der Stahlhelm hat 65 Sonderzüge beschafft, um seine Mitglieder aus dem Reich nach Berlin zu bringen. Der erste dieser Sonderzüge mit größeren Abteilungen von Stahlhelmleuten trifft am Samstag aus der Richtung Kiel in Berlin ein. Die Ankunft der Stahlhelmleute erfolgt auf den verschiedensten Berliner Bahnhöfen. In den letzten Tagen haben abermals zahlreiche Besprechungen zwischen dem Polizeipräsidium und den Führern des Stahlhelmbundes stattgefunden, die sich insbesondere auch mit der Frage des Abmarsches der Stahlhelmer nach ihrer Ankunft auf den Bahnhöfen in Berlin beschäftigten. Nach den getroffenen Vereinbarungen werden die Leiter der angekommenen Abteilungen selbst Sorge tragen, die Bannmeile nach Möglichkeit zu umgehen. Die Leiter der Organisation gaben in den Besprechungen mit den amtlichen Stellen an, daß sie mit einer Versammlung von 100 000 Stahlhelmern rechnen. Eine an sich beträchtliche Zahl. Aber immerhin nur ein Teilchen der 4-Millionen-Stadt.

*

Die erste Versammlung.

● Berlin, 6. Mai. Nachdem gestern abend und am heutigen Vormittag bereits zahlreiche Abteilungen des Stahlhelms in Berlin eingetroffen sind, die sich von den Bahnhöfen ungestört in ihre Quartiere begeben konnten, wurde heute der Reichsfrontsoldatentag mit einer Schulungstagung im großen Saale des Reichslandbundgebäudes eingeleitet. Den Vorsitz der stark besuchten Versammlung, auf der sowohl die Bundesleitung wie alle Landesverbände vertreten waren, führte Generalleutnant a. D. v. Lippe. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden sprach der Herausgeber der „Norddeutschen Blätter" Kayser-Hamburg über die großdeutsche Frage. Im weiteren Verlauf der Schulungstagung erschien auch der Bundesführer Seldte mit mehreren Mitgliedern des Bundesvorstandes. Nach Beendigung des ersten Referats ergriff Seldte das Wort zu einer kurzen Ansprache.

Polnische Aufregung über Hergt.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 6. Mai. (Drahtb.)

Die Rede des Reichsjustizministers und Vizekanzler Dr. Hergt in Beuthen hat die polnische Presse in maßlosen Zorn versetzt, der sich in wutschnaubenden Artikeln äußert. Man mag zu den temperamentvollen Ausführungen Dr. Hergts stehen, wie man will, und sie wie wir für unvorsichtig halten, und wir trotzdem kaum bestreiten können, daß die Argumente, die er gegen die extremen Forderungen Polens vorbrachte, stichhaltig waren. Zudem bleibt zu berücksichtigen, daß Dr. Hergt in der betreffenden Versammlung nicht im Auftrage des Reichskabinetts, sondern in seiner Eigenschaft als Parteiführer sprach. Wie halten darum die ganze Aufregung in Warschau und den umliegenden Dörfern für unangebracht. Schließlich gilt ja übrigens auch in diesem Falle das Gesetz von Ursache und Wirkung. Kein deutscher Redner, gleichviel welcher Partei, würde dazu kommen, die polnischen Methoden zu kritisieren, wenn nicht Polen eine derartige Provokationstaktik betriebe.

Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß Dr. Hergt nur eine Selbstverständlichkeit feststellte, wenn er in seiner Rede bemerkte, daß Deutschland bereits in Locarno sein Vertragsverhältnis zu den Oststaaten geregelt hat und daß darüber hinausgehende Abmachungen nicht möglich seien. Wenn die polnische Regierung deswegen eine Protestnote nach Berlin vom Stapel läßt, so kann man sich einen solchen Schritt nur damit erklären, daß die polnische Regierung im Rahmen der schwebenden Verhandlungen über das Niederlassungsrecht einen Druck auf die deutsche Regierung ausüben will. Die polnische Regierung kann jedoch schon heute versichert sein, daß sie auf ihre Protestnote eine zwar sehr ruhige, aber auch sehr bestimmte Antwort erhalten wird.

Angesichts der bisherigen Leistungen der polnischen Presse nimmt es auch nicht wunder, daß ein polnisches Blatt das Märchen auftischt, es sei anläßlich der Zusammenstellung des jetzigen deutschen Reichskabinetts ein geheimer Pakt zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum über eine Revision der deutschen Ostgrenzen abgeschlossen worden. Dieses Hirngespinst trägt zu offensichtlich den Stempel der Erfindung an der Stirn, als daß man ihm die Ehre eines offiziellen Dementis zu erweisen brauchte. Denn selbstverständlich hat ein solches Problem nicht die geringste Rolle im Stadium der ganzen Regierungsbildung gespielt. Die polnische Märchenerzählung richtet sich damit von selbst.

*

Weitere Kündigungen deutscher Lehrkräfte.

⊠ Kattowitz, 6. Mai. Seitens der Schulabteilung der Wojwodschaft wurde heute in Kattowitz wie gestern in Königshütte sechs deutschen Lehrkräften am Lyzeum und Gymnasium gekündigt.

Neue Verhaftung eines deutschen Kandidaten in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 6. Mai. Nachdem, wie bereits gemeldet wurde, der Spitzenkandidat der deutschen Liste für die Kommunalnachwahlen, die am nächsten Sonntag in Radzionkau stattfinden, verhaftet worden ist, wurde heute auch der Spitzenkandidat der deutschen katholischen Volkspartei in Neurepten (Kreis Tarnowitz), Hausbesitzer Theodor Woitacha, verhaftet. Gründe für die Verhaftung sind auch hier nicht angegeben worden.

Die Vertretung der Arbeitnehmer in Genf.

Von unserem besonderen nach Genf entsandten Vertreter.

-:- Genf, 5. Mai.

Die bedeutsame internationale Konferenz hat ihren Anfang genommen. Die große Anzahl der Delegierten und Experten, die sich auf ca. 400 beläuft, ferner die ungeheure Anzahl der Beobachter, Journalisten und Genfer Weltenbummler gaben dem ganzen Eröffnungsreigen einen interessanten Anstrich. Die technische Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz ist durch das Sekretariat des Völkerbundes mustergültig getroffen worden. Es ist zweifellos von einigem Vorteil, möglichst viele Sachverständige hineinzuziehen. Fraglich erscheint es jedoch, ob diese große Zahl von 400 Mann nicht denn doch die Arbeiten erschwert. Ein solcher Apparat kann nicht schnell arbeiten, eine derartige „Massenwissenschaft" wird nicht zur Klarheit beitragen, sondern zur Unklarheit. Der schwerfällige Apparat, der einem Weltungeheuer gleicht, wird sich auch trotz der vielen Kommissionsarbeiten kaum ganz entfalten können. Wenn das deutsche Wort richtig sein sollte, daß nach der Zahl der Köpfe auch die Zahl der Meinungen bestimmt wird, so dürfte ein interessantes Babylon in Genf die Folge sein. Neben dieser Kritik läuft parallel eine andere, ernste und bedeutsame Angelegenheit, die die christlichen Gewerkschaften der ganzen Welt angeht. Bei der Betrachtung der Delegierten hat sich herausgestellt, daß diese Gewerkschaften im Gegensatz zu den sozialistischen nicht mit einem Delegierten aufwarten können. Wohl sind sie mit Sachverständigen beteiligt und zwar Holland mit zwei, Deutschland mit einem, Belgien mit einem, die Tschechei mit einem und Frankreich mit zwei. Die sozialistischen Gewerkschaften haben zwei Delegierte und sieben Experten.

Diese ungleiche Behandlung hat zur Folge, daß die christlichen Gewerkschaftsvertreter während der Konferenz offiziell das Wort nicht ergreifen können, daß also die sozialistischen Gewerkschaftler vor der gesamten Welt ihre Ansichten kund tun können, ohne daß den christlichen Vertretern die Möglichkeit gegeben wäre, ihrerseits ebenfalls offiziell zu den einzelnen Problemen Stellung nehmen zu dürfen. Wenn der Vorsitzende der Konferenz, der Belgier Theunis, nicht auf irgendeine Methode es ermöglicht, daß dieser englischen Behandlung ein Ende gemacht wird, so dürften die christlichen Gewerkschaften damit eine Erfahrung und eine Behandlung sich haben gefallen lassen müssen, die zum Protest herausfordert.

Für Deutschland ist dieses Manko um so verwunderlicher, als doch die Regierung, die die Delegierten zu bestimmen hatte, sich wesentlich auf das Zentrum stützt und es mit Hilfe des Zentrums möglich gewesen wäre, einen christlichen Gewerkschaftler zu bestimmen oder wenigstens einen vernünftigen Kompromiß für die beiden Gewerkschafts-Richtungen zu finden.

Von den fünf deutschen Delegierten gehören zwar zwei der Zentrumspartei an. Diese sind jedoch nicht als Zentrumsanhänger- oder Abgeordnete delegiert, sondern als Sachverständige und Delegierte für die Landwirtschaft und die Industrie, während der Delegierte Eggert als Vertreter des freien Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes fungiert. Von französischer Seite hat außerdem bereits der Führer der allgemeinen Arbeiterorganisationen Jouhaux offiziell das Wort ergriffen.

Es sind also die christlichen Gewerkschaften gewaltig im Nachteil, während die sozialistischen Gewerkschaften mit zwei Delegierten auftreten! Diese ungleiche Verteilung der Arbeitnehmer-Delegierten kann nicht dem Sekretariat des Völkerbundes zur Last gelegt werden, da die Regierungen ihre Delegierten bestimmt haben. Die sogenannten Generalsachverständigen Deutschlands, unter denen sich auch der christliche Gewerkschaftsführer Baltrusch befindet, können diesen Mangel der Delegierten-Vertretung aller Arbeitergruppen nicht aufwiegen. Denn auch diese Generalsachverständigen sind nicht berechtigt, offiziell das Wort zu ergreifen. Es ist daher nicht nur ein formeller, sondern auch ein sehr materieller Unterschied, ob die christlichen Gewerkschaften nur in Kommissionen mitarbeiten dürfen und können, oder ob sie öffentlich vor diesem ungeheuren Weltforum ihre Auffassung über die Sanierung der Weltwirtschaft zu Gehör bringen.

Ueber die Wirtschaftsauffassungen bestehen zwischen den beiden Gewerkschaftsgruppen sehr wesentliche und sehr tiefe Unterschiede, und es heißt, der Welt eine falsche Auffassung der Arbeiterschaft geben oder einimpfen, wenn allein die sozialistischen Vertreter offiziell zu Worte kommen, und es demnach den Anschein hat, als ob diese für die gesamte Weltarbeiterschaft sprächen. In der christlichen Arbeiterschaft selbst wird diese Nichtberücksichtigung keine Freude auslösen, vor allem deshalb, weil die moralische Wirkung des Monopols der sozialistischen Vertreter auf die gesamte Weltarbeiterschaft einerseits erfreulich, andererseits verletzend sein muß. Die sozialistischen Delegierten sind nicht die Weltarbeiterschaft par excellence, sondern nur ein Teil der Weltarbeiterschaft, wie sie auch andererseits in ihren Reihen Anhänger haben, die mit den Ansichten der Führer durchaus nicht einig gehen. Das Führer-Problem der sozialistischen Gewerkschaften ist gerade heute ein schwieriges, und es heißt nicht nur, auf der Weltwirtschaftskonferenz Forderungen erheben, um der Demagogie zu genügen, sondern auch diese Forderungen mit den Regeln einer geordneten Wirtschaft und den Gesetzen der natürlichen Entwicklung und Vernunft in Einklang zu bringen. Es darf füglich bezweifelt werden, ob diese sozialistischen Vertreter, die rein psychologisch gesprochen, nicht die Ruhe des Urteils aufbringen wie die christlichen, ob diese Vertreter die taktische Klugheit besitzen werden, Forderungen aus radikaler Geisteseinstellung nicht zu erheben. Denn Wirtschaft verträgt keinen Radikalismus, vor allem nicht die heutige kranke Weltwirtschaft. Aus diesem Grunde ist es daher auch als ein großer Fehler zu betrachten, die ausgleichende Tendenz des christlichen Gedankens in der Arbeiterschaft ausgeschaltet zu haben, ein Fehler, der umso größer erscheint, als er gerade auf dieser Weltwirtschaftskonferenz begangen worden ist.

Man darf die Erwartung aussprechen, daß es dem Präsidenten Theunis gelingt, dieses zweifellos große Manko der ersten Weltwirtschaftskonferenz zu beheben. Irgendeine Lösung muß gefunden werden. Denn es geht letzten Endes nicht allein um das Wohl einer sozialistisch eingestellten Welt, sondern auch um den anderen Teil der Welt, der christlich ist und bleiben will.

Diese Kritik ist erfolgt aus berechtigter Opposition und nicht aus kleinlichen parteilichen oder egoistischen Wünschen. In Genf hat jedenfalls auch der nichtchristliche Gewerkschaftler diese Erscheinung als einen bedauernswerten Irrtum bezeichnet, der umso bedauerlicher ist, als doch nur ein Hand-in-Hand-Arbeiten der beiden Richtungen zu einem brauchbaren Ergebnis für die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit führen kann.

Einberufung der Völkerbundsversammlung zum 5. September.

Genf, 6. Mai. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerbundsrates die achte ordentliche Völkerbundsversammlung auf den 5. September einberufen. Die Tagesordnung umfaßt 25 Punkte und enthält außer der Neuwahl von den ausscheidenden drei nichtständigen Ratsmitgliedern (Tschechoslowakei, Salvador und Belgien) eine von England im vorigen Jahre angeregte grundsätzliche Aussprache darüber, welche Fragen in das Tätigkeitsgebiet des Völkerbundes gehören sollen und welche nicht.

Die Auflösung der Berliner National-sozialistischen Partei.

Die Begründung.

Berlin, 6. Mai.

In der Begründung des Verbotes der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei für den Bezirk Berlin-Brandenburg wird zunächst darauf hingewiesen, daß seit Mitte Oktober 1926 in etwa 30 Fällen von Mitgliedern der aufgelösten Organisation Gewalttätigkeiten an Personen und Sachen begangen und den Polizeibeamten Widerstand geleistet wurde. Es handelt sich dabei nicht um das Verhalten einzelner Mitglieder, sondern um das im Zusammenhang mit dem Vereinsleben geübte Verhalten, das auf den von den Führern ausgegebenen Parolen beruht. In der Begründung werden dann einzelne Punkte der von Dr. Göbbels herausgegebenen „Zehn Gebote“ zitiert, aus denen hervorgeht, daß das von der nationalsozialistischen Bewegung erstrebte Ziel die Zerstörung des heutigen Staates ist. In einem Zitat aus den von Dr. Göbbels herausgegebenen nationalsozialistischen Briefen kommt die unverhüllte Aufforderung an die Mitglieder der Bewegung zum Ausdruck, in gewissen Fällen gewalttätig gegen politische Andersdenkende vorzugehen. Die Dominante der Straße sei die nächste Anwartschaft auf den Staat. Wer eine Weltanschauung mit Terror und Brutalität gegen alle Gewalten nach außen trage, werde einst die Macht und damit das Recht haben, den Staat zu stürzen.

Die Begründung des Verbotes schließt mit der Feststellung: Da solche Vereinszwecke den Strafgesetzen zuwiderlaufen, ist die Auflösung gerechtfertigt.

Der preußische Minister Braun erklärte zu den nationalsozialistischen Ausschreitungen: Einmal und nicht wieder! Diese auf Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende gerichtete und in der Organisierung von Ungesetzlichkeiten sich erschöpfende Bewegung werden wir in Berlin und in ganz Preußen im Keime ersticken.

Der preußische Innenminister Grzesinski schreibt in der „Vossischen Zeitung“: Für die Veranstaltung des Stahlhelms am 7. und 8. Mai in Berlin haben die Vorgänge in der Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei meines Erachtens keine Bedeutung. Es wäre daher falsch, wenn die Bevölkerung Berlins sich auf Grund der Vorgänge über den kommenden Samstag und Sonntag beunruhigen würde.

Weitere Reden in Genf.

Der dritte Tag der Weltwirtschaftskonferenz.

+ Genf, 6. Mai.

Als erster Redner in der heutigen Vormittagssitzung der Weltwirtschaftskonferenz kam der portugiesische Vertreter zu Wort. Er betonte die Notwendigkeit der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die zu einer Vereinheitlichung der Klassifikation und Nomenklatur der Zölle sowie zu einem System der Einheitstarife führen müsse.

Darauf sprach der freihändlerische englische Delegierte Hill, Präsident der Hafenkommission des Völkerbundes, der sich mit den Transportverhältnissen beschäftigte.

Als nächster Redner erhielt der amerikanische Delegierte Robinson das Wort zu seinem Vortrag, in dem er vor allem den Gedanken der Rationalisierung der Wirtschaft als Mittel zum Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung hervorhob. Die Vereinigten Staaten, so führte der Redner weiter aus, seien an den Verhandlungen der Konferenz außerordentlich interessiert und erwarteten, daß die Konferenz praktische Resultate zeitige. Jedoch müsse sich die amerikanische Delegation bei der Behandlung der krisenhaften Wirtschaftserscheinungen in Europa gewisse Zurückhaltung auferlegen. In Amerika sei man der Auffassung, daß ein erhöhtes Verständnis der Arbeitnehmerschaft für die Produktionsbedingungen von größter Bedeutung für die Entwicklung der Industrieunternehmungen sei. Robinson ging dann zur Frage der Kartellierung über. Das amerikanische Volk sei der Ansicht, daß jeder staatliche Eingriff, sobald es sich um Industrie und den internationalen Handel handele, von größter Gefahr sei.

Als vierter Redner sprach der chinesische Delegierte. Er betonte, daß zur Wiederherstellung der Wirtschaftslage eine internationale Kreditorganisation geschaffen werden müßte.

Der nächste Redner, der Brasilianer Carlvro, hob hervor, daß wegen des Ueberschusses an Arbeitskräften in Europa das Auswanderungsproblem eine neue Regelung erfahren müsse.

Sodann ergriff der Präsident des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes, Fontaine, das Wort. Er schilderte dann den engen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskonferenz und dem internationalen Arbeitsamt und hob hervor, daß einer der 14 Punkte Wilsons eine Generaldirektive für die Beseitigung der Handelshemmungen enthalte. Es handele sich dabei um eine endgültige Durchführung und Organisation der Meistbegünstigungsklausel.

Der nächste Delegierte, der schwedische Delegierte, machte Ausführungen über die Frage der Meistbegünstigungsklausel.

Zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung ehrte die Weltwirtschaftskonferenz den in Genf gestorbenen bulgarischen Delegierten Popoff, Direktor des bulgarischen Statistischen Amtes, durch Erheben von den Bänken. Nach dieser kurzen, feierlichen Handlung besprach als nächster Redner De Michelis, Italien, das Problem der Weltagrarkrise und betonte, daß die Landwirtschaft unter dem ewigen Wechsel der Wirtschaftsverhältnisse am allermeisten leide.

Der norwegische Delegierte Rygg, Direktor der Bank von Norwegen, sieht die wichtigsten Möglichkeiten zur Behebung der Weltwirtschaftskrise in der Wiederherstellung eines Systems internationaler Verträge, die eine langfristige, freiheitliche und beständige Handelspolitik gewährleisten.

Der chinesische Delegierte Tschuan Tschao stellte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die ungleichen und einseitigen Verträge, unter denen China zu leiden habe, und betonte die Gefahren, die für den Weltfrieden aus der Aufrechterhaltung der Verträge entstehen können. China verlangt, so führt er dabei aus, das Recht, seine eigene Wirtschaftspolitik zu bestimmen, und zwar verlangt es dies Recht sowohl in seinem eigenen Interesse wie in dem der Welt. Der chinesische Handel sei vollständig den fremden Zollbeamten ausgeliefert. Die politische Schwäche der Stellung der chinesischen Zentralregierung sei in erheblichem Maße auf die Einschränkung ihrer Steuersouveränität zurückzuführen, die im gewissen Grade die unbeständige politische Lage in China erkläre.

Die wirksamste Darstellung der heutigen Wirtschaftsverhältnisse in Europa gab der bekannte englische Volkswirtschaftler Layton, Herausgeber der Zeitschrift „Economist“. Das Schlagwort „Zurück zu den Währungs- und Wirtschaftsverhältnissen der Vorkriegszeit sei in vieler Hinsicht eine unverwirklichbare Utopie. Die neue Verteilung der Produktionstätigkeit der Welt sei nicht etwa eine Kriegsfolge, sondern eine Entwicklung, die sich bereits seit 20 oder 30 Jahren erkennen ließ und durch den Krieg nur beschleunigt wurde. Die europäischen Regierungen müßten klugerweise ihre Politik auf der Hypothese aufbauen, daß Amerika auch weiterhin freigiebig seine Gelder vorschießt, aber nicht in Europa kaufen wird. Schließlich dürfe die Umschichtung in den Handelsbeziehungen der an der Reparationsregelung und an den Kriegsschulden interessierten Länder nicht außer Acht gelassen werden. Die Schuldnerstaaten seien gezwungen, ihre Ausfuhr zu entwickeln, damit sie einen Ueberschuß über ihre unentbehrliche Einfuhr erzielen, während die Gläubigerstaaten eine entgegengesetzte Regelung wollen. Die definitive Gestaltung des Welthandels, wie sie durch die Schuldentilgung nötig wird, müsse erst noch gefunden werden.

Layton wies auf die Lage Sowjetrußlands hin und erklärte, daß es noch keineswegs zu übersehen sei, wie in Zukunft der scheinbar unvermeidliche Konflikt zwischen den beiden sich einander grundsätzlich gegenüberstehenden Systeme ausgetragen werde. Layton forderte die Sowjetdelegation auf, zu erklären, welche Möglichkeiten auf Grund der gegenwärtigen Wirtschaftslage Sowjetrußlands beständen, um den internationalen sowjetrussischen Handel wieder auf das Niveau der Vorkriegszeit zu bringen. Der Redner wies weiter auf die Verteilung Europas in eine Reihe neuer wirtschaftlicher und politischer Einheiten hin. Europa besitze gegenwärtig 11000 Km. mehr Zollgrenzen als in der Vorkriegszeit. Es müsse unbedingt Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz sein, die wirtschaftlichen Folgen der Abmachungen von 1919 zu prüfen. Die Zerstückelung Zentraleuropas habe zu einer Verschwendung und unrentablen Verwendung der europäischen Kapitalien sowie zu einer wesentlichen Verminderung des Handels geführt. Die politische Zerstückelung hindere Europa daran, an der neuen wirtschaftlichen Entwicklung teilzunehmen, auf der der Wohlstand Amerikas begründet sei. Er sehe die Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz darin, folgende drei große Gesichtspunkte auszuarbeiten:

1. Es besteht eine völlig gegenseitige Abhängigkeit der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Nationen in Europa.
2. Eine Wiederherstellung des allgemeinen Wohlstandes ist nur möglich durch die Entwicklung der Produktion.
3. Europa kann das Niveau des industriellen Fortschritts nicht aufrecht erhalten, wenn nicht eine viel engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und Spezialisierung nicht nur innerhalb der einzelnen Unternehmungen, sondern auch zwischen den einzelnen Ländern geschaffen wird.

Zum Schluß hob Layton hervor, daß Europa gegenwärtig 2½ Milliarden Dollar an Rüstungsausgaben zu tragen habe.

Die Bildung der Ausschüsse.

Genf, 6. Mai. Die Bildung der drei Hauptausschüsse der Wirtschaftskonferenz, die nach den ursprünglichen Vorschlägen ihres Präsidenten heute beendet werden sollte, scheint noch auf einige Schwierigkeiten, so auch in Bezug auf die Zusammensetzung, wie in Bezug auf den Vorsitz, zu stoßen. Es wird in diesem Zusammenhang von englischen Bedenken gegen einen französischen Vorsitz im Ausschuß für Industriefragen und von italienischen Bedenken gegen einen deutschen Vorsitz im Landwirtschaftsausschuß gesprochen. Um die augenblicklichen Schwierigkeiten zu beseitigen, wird daran gedacht, neben den Hauptausschüssen auch sofort die Zusammensetzung der Unterausschüsse und ihrer Vorsitzenden zu bestimmen.

Fühlungnahme zwischen Russen und Franzosen in Genf.

◇ Genf, 6. Mai. Nach der Fühlungnahme der Russen mit Staatssekretär Dr. Trendelenburg hatten am gestrigen nachmittag die Sowjetdelegierten eine Besprechung mit Loucheur über sämtliche großen auf der Weltwirtschaftskonferenz zur Verhandlung stehenden Fragen. Ferner hat gestern eine längere Unterredung zwischen dem Völkerbundsreferenten des Quai d'Orsay und dem russischen Delegierten Skolnikow stattgefunden.

Instruktionen, die man zweifellos dem beschlagnahmten Material unterzuschieben suchte.

Jedenfalls ermöglichen die wenigen Presseangaben über den Inhalt einiger Dokumente mit vollkommener Sicherheit festzustellen, daß ein großangelegter Plan vorliegt, die Tätigkeit der Sowjetagenten in China durch Fälschungen zu kompromittieren und die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und anderen Mächten zu verschlechtern.

*

Der neue Minister des Auswärtigen von Nanking.

△ Schanghai, 5. Mai. (Reuter.) Si Si Wu hat den Außenministerposten in der Nankinger nationalistischen Regierung angenommen und fuhr heute nach Nanking, um das Amt zu übernehmen.

Deutsches Reich.

Reise des Reichspräsidenten nach Oldenburg.

= Berlin, 6. Mai. Heute abend begibt sich der Reichspräsident zu einem offiziellen Besuch nach Oldenburg. Der Reichspräsident wird morgen vormittag am Bahnhof begrüßt werden, eine Rundfahrt durch die Stadt unternehmen und sich sodann zum Rathaus begeben. Dort wird er vom Oberbürgermeister begrüßt werden. Abends findet ein Empfang des Staatsministeriums statt, bei welchem der oldenburgische Ministerpräsident v. Finckh den Reichspräsidenten offiziell mit einer Ansprache begrüßen wird. Am Sonntag gibt die Stadt dem Reichspräsidenten ein Festessen. Am Montag wird der Reichspräsident in Wilhelmshaven eintreffen, wo eine Parade der Marineteile, der Krieger- und Marinevereine stattfindet. Am Nachmittag erfolgt die Rückreise nach Berlin.

Ablehnung des evangelischen Bischofstitels.

△ Berlin, 6. Mai. In den Verhandlungen der Generalsynode über die Bischofsfrage wurde heute nach längerer Aussprache die Einführung des Bischofstitels mit 109 gegen 103 Stimmen abgelehnt. Drei Synodale, darunter zwei Generalsuperintendenten, enthielten sich der Stimme. In einfacher Abstimmung wurde dann der gesamte Gesetzentwurf über Amtsbezeichnungen abgelehnt.

Politische Zusammenstöße.

Abg. Strasser schwer verletzt.

Magdeburg, 6. Mai. In einer gestern abend abgehaltenen stark besuchten nationalsozialistischen Versammlung, in der auch der Reichstagsabgeordnete Strasser sprach, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei Strasser eine schwere Kopfverletzung erhielt. Das sofort herbeigerufene Ueberfallkommando trennte die Streitenden und verhaftete zahlreiche Kommunisten.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten.

♥ Berlin, 6. Mai. In der Grunewaldstraße kam es gestern abend zu Zusammenstößen zwischen Polizeibeamten und Anhängern des Roten Frontkämpferbundes, die einen Polizeilastkraftwagen überfielen, weil ein Mitglied der K. P. D. zwangsgestellt worden war. Die Demonstranten wurden von den Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben. Drei Polizeibeamte wurden leicht verletzt. Fünf Kommunisten konnten zwangsgestellt werden.

Erschwerung der Lage im amerikanischen Ueberschwemmungsgebiet.

△ New-Orleans, 6. Mai. Schwere und andauernde Regenfälle sind während der letzten 24 Stunden niedergegangen, wodurch die Leiden der durch die Ueberschwemmung betroffenen Bevölkerung noch vergrößert werden, denn die Flüchtlinge lagern in Zelten. Nahezu 500 000 Acres reichsten Baumwoll- und Zuckerlandes stehen unter Wasser. In Louisiana allein bedecken die Fluten 3 Millionen Acres Land.

Ausbruch von Typhusepidemien.

△ Newyork, 6. Mai. Im Staate Louisiana haben die Mississippifluten weitere Gebiete seit gestern abend überschwemmt. Typhusepidemien sind in verschiedenen Städten und Dörfern aufgetreten. Ueber 90 000 Schutzimpfungen wurden vorgenommen. Bei Payville ist ein neuer Damm von den Fluten eingerissen worden und hat die Stadt fast zwei Meter unter Wasser gesetzt. Das Vordringen des Wassers nach New Orleans hält immer noch an. Die anhaltenden Regengüsse haben den Red River, einen Nebenfluß des Mississippi, weiter anwachsen lassen.

*

Schweres Unwetter im Schwarzwald.

△ Triberg, 6. Mai. Der mittlere Schwarzwald ist heute von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. Einem halbstündigen Hagelschauer mit haselnußgroßen Graupeln folgte ein Wolkenbruch, der ungeheuren Schaden anrichtete. Gärten, Felder und Anlagen wurden weithin überschwemmt.

Unwetterschaden in Württemberg.

△ Nagold, 6. Mai. Gestern nachmittag ging über Nagold ein schwerer Wolkenbruch nieder, der Teile der Stadt überschwemmte und erheblichen Schaden anrichtete. Der Heizer einer Möbelfabrik wurde vom Wasser zu Boden gerissen und mit Schutt und Brettern überdeckt, sodaß er ums Leben kam.

Unwetter in Ungarn.

△ Budapest, 6. Mai. Gestern ging über die Stadt Miskolc und über das ganze Komitat Borsad ein stundenlang dauernder und mit Hagel begleiteter Wolkenbruch nieder, der großen Schaden anrichtete. Der Fluß Ronyna ist aus den Ufern getreten und bedroht die ganze Stadt Satoralja Ujhely mit Ueberschwemmung. Da die Drahtverbindungen infolge des Gewitters unterbrochen wurden, fehlen nähere Einzelheiten.

Vermischte Nachrichten.

Rekordalpenflug eines Dornier-Merkur.

△ Berlin, 6. Mai. Die Strecke Friedrichshafen—Mailand wurde, wie die Deutsche Luftbansa mitteilt, gestern von einem Dornierflugzeug, Typ Merkur, das mit einem B. M. W. 6 Motor ausgerüstet war, unter Führung des Chefpiloten Zinsmaur in 2 Stunden 5 Minuten zurückgelegt. Diese Zeit stellt eine Rekordleistung in der Alpenüberfliegung dar.

Die Meuterei in einem polnischen Gefängnis.

△ Warschau, 6. Mai. Anläßlich der Meuterei in der Strafanstalt Mokotow wurden gestern 100 Strafgefangene, die sich weiter erregt benahmen, unter starkem Polizeiaufgebot in Gefängnisse für Schwerverbrecher in der Provinz Posen und im südlichen Kongreßpolen abgeführt.

Schadenersatzklage von Frida Hempel gegen A. Heckscher.

△ Newyork, 6. Mai. Frieda Hempel hat den bekannten Philantropen A. Heckscher auf eine Million Dollar wegen Nichterfüllung eines Vertrages verklagt, durch den Heckscher ihr angeblich eine Lebensrente von 4800 Dollar monatlich zugesichert habe. Frieda Hempel und A. Heckscher sind wiederholt als verlobt gemeldet worden. Heckscher ist am 30. April nach Europa abgereist.

Die Aufklärung des deutschen Zusammenbruchs.

♥ Berlin, 6. Mai. Im Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Aufklärung der Ursachen des deutschen Zusammenbruchs machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann seine Ausführungen über die Politik der Nationalliberalen im Weltkrieg dem Ausschuß schriftlich vorlegen will. Zur Tagesordnung nahm zunächst Abg. Professor Dr. Bergsträsser (Dem.) das Wort, um sich hauptsächlich mit früheren Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Philipp auseinanderzusetzen. Abg. Dittmann (S.) entwickelte in längerer Rede ein zusammenhängendes Bild von der Politik der Unabhängigen im Weltkriege. Die Verhandlungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

Das englische Gewerkschaftsgesetz.

△ London, 5. Mai. Das Unterhaus hat den Antrag der Arbeiterpartei auf Ablehnung des Gewerkschaftsgesetzes mit 386 gegen 171 Stimmen abgelehnt. — Darauf wurde beschlossen, in die zweite Lesung der Gesetzesvorlage einzutreten, in der der Entwurf ebenfalls angenommen wurde.

Bei der Abstimmung stimmten 7 Liberale für und 19 gegen die Regierungsvorlage. Am Ende der zweiten Lesung wurden außerordentlich zahlreiche Abänderungsanträge eingebracht, darunter etwa 200 Anträge von der Arbeiterpartei.

Thomas sprach als letzter Redner der Arbeiterpartei gegen die Gewerkschaftsvorlage. Er erklärte, das Gesetz laufe den wichtigsten Interessen des Landes zuwider. Es würde die Aufgabe der Gewerkschaftsführer, welche Streiks durch Verhandlungen abwenden, schwieriger gestalten und die Verhandlungsfreudigkeit der Arbeiter lähmen.

Generalstaatsanwalt Inskip erklärte, in dem Gesetz komme der Grundsatz zum Ausdruck, daß keine Gemeinschaft länger weiter bestehen könne, wenn sie eine stärkere Macht als sie selbst dulde. Das Gesetz sehe vor, daß Arbeiter, deren einziges Ziel sei, die Arbeitsbedingungen in ihrer eigenen Industrie zu verbessern, die Freiheit haben sollten zu streiken, selbst wenn dadurch etwa ein Druck auf die Regierung und Volksgemeinschaft ausgeübt uuuiuuuuukdumreLondong VWKPWKHKHKH LSLL werde. Der Generalstaatsanwalt forderte zum Schluß alle Mitglieder des Hauses auf, an der Verbesserung der Unklarheit der Vorlage mitzuwirken, sodaß diese die Verwirklichung der darin niedergelegten Grundsätze darstellt.

*

Abänderungen der Regierung.

:: London, 6. Mai. Die Regierung hat zwei Abänderungsentwürfe zur Gewerkschaftsvorlage ausgearbeitet, durch die dem ersten Absatz des Gesetzes eine neue Fassung gegeben wird. Nach der ersten Abänderung wird ein Streik für ungesetzlich erklärt, wenn sein Ziel nicht ausschließlich die Fortsetzung eines rein gewerblichen Kampfes ist, der sich innerhalb der Grenzen des Industriezweiges hält, dem die streikenden Arbeiter angehören. Ungesetzlich ist ferner ein Streik, wenn er unternommen wird, um entweder direkt einen Druck auf die Regierung auszuüben, oder um dasselbe durch Schädigung der nationalen Gemeinschaftsinteressen zu erreichen. Weiterhin wird es untersagt, irgendwelche Geldmittel für die Fortsetzung eines solchen Streiks zu stiften. Die zweite Abänderung erklärt ebenso Aussperrungen, auf die die oben genannten Voraussetzungen zutreffen, für ungesetzlich.

Litwinow über die Durchsuchung der Sowjetbotschaft in Peking.

Moskau, 5. Mai. Der stellvertretende Außenkommissar Litwinow erklärte Pressevertretern: Niemand von den offiziellen Sowjetvertretern war bei der Durchsuchung der Sowjetbotschaft in Peking und der Büros der diplomatischen Kuriere in Nanking zugegen. Daher war die Durchsuchung der Unterschiebung beliebiger gefälschter Dokumente äußerst günstig. Bisher wurden nur Verzeichnisse der Dokumente ohne genauen Inhalt veröffentlicht. Das einzige Dokument, dessen Photographie ein Pekinger Blatt bringt, ist in alter Rechtschreibung mit einer Unmenge so plump ausgeführten Fälschung bedurfte, beweist, daß unter dem beschlagnahmten Material keine bloßstellenden Dokumente vorhanden sind. Es ist bezeichnend, daß die Dokumente zwar dem diplomatischen Korps und den Militärattachés, nicht aber dem Vertreter der Sowjetbotschaft gezeigt wurden. Die veröffentlichten Verzeichnisse beweisen, daß die Schriftstücke in der Mehrzahl übliche Informationsberichte sind, wie sie in jeder Botschaft in Peking zu finden sind. Möglicherweise wurden viele Schriftstücke informatorischen Charakters gefunden. Dies beweist jedoch keinesfalls die Echtheit verschiedener

Die Justizdebatte im Landtag.

+ Berlin, 6. Mai.

Der Landtag setzte die zweite Beratung des Justizetats fort. Nach unwesentlichen Ausführungen der Abgg. Obuch (Kom.) und Haase-Liegnitz (W. Vg.) griff der

Justizminister Dr. Schmidt das Wort: Die Behauptung, daß 99 Prozent aller Richter und Staatsanwälte aus den besitzenden Ständen hervorgingen, treffe nicht zu. Tatsächlich stammten sehr viele Richter aus Kreisen der mittleren Beamten, Kleingewerbetreibenden, Handwerker usw. (Sehr richtig!) Zur Frage der

Beibehaltung der Todesstrafe

stellte der Minister mit, daß die Entscheidung hierüber im Reichsrat im bejahenden Sinne gefallen sei. In der Sache des Landgerichtsdirektors Jürgens liege dem Justizministerium bisher noch nicht die schriftliche Urteilsbegründung vor. Die Annahme aber, daß der Oberstaatsanwalt Jordan zur Vertretung der Anklage vom Justizministerium „kommandiert" worden sei, und von ihm für die Hauptverhandlung besondere Instruktionen erhalten habe, treffe nicht zu. Zu dem Thema der

Verreichlichung des ganzen Justizwesens

erklärte der Minister, daß er sich ganz entschieden gegen eine Verreichlichung wehren müsse. Die Wiedereinführung der alten Senatsbesetzung mit fünf Richtern entspreche einem dringenden Wunsch der Justizverwaltung.

Die geringe Zahl der Arbeiter bei den Schwurgerichten

sei darauf zurückzuführen, daß die Arbeitervertreter vielfach selbst die Auswahl von Arbeitern für dieses Amt nicht wünschen, weil die Arbeiter sich häufig scheuten, um ihrer Arbeit mehrere Tage fortzubleiben. Auch sei dann noch zur Sprache gebracht, daß

zu viel Eide

geleistet würden. Hierzu könne er mitteilen, daß der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch die Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren demjenigen androhe, der als Zeuge oder Sachverständiger uneidlich falsch aussage. Völlig unbegründet sei die Vermutung, daß in dem Mordprozeß Wilms die Angeklagten ihrem gesetzlichen Richter entzogen seien. Im Fall Karschner habe das Reichsgericht in der Revisionsverhandlung festgestellt, daß gegen das Verhalten des Vorsitzenden des Schwurgerichts nicht die mindesten Bedenken zu erheben seien. Das Verhalten des Landgerichtsdirektors Weßling in Landsberg a. d. Warthe sei nachgeprüft und in einzelnen Punkten beanstandet worden. Das sei dem Landgerichtsdirektor Weßling eröffnet worden. Dagegen habe der Justizminister in Uebereinstimmung mit dem Kammergerichtspräsidenten zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Weßling keinen Anlaß gefunden.

Abg. Kuttner (Soz.) hob die Verdienste der Presse um die Befreiung unschuldig Verfolgter und um die Wiedergutmachung von Unrecht hervor.

Der Plauener Prozeß

habe einen Sumpf des Spitzelwesens, der Aktendiebstähle und der staatsanwaltschaftlichen Korruption bloßgelegt, wie er schlimmer nicht gedacht werden könne. Führende politische Persönlichkeiten hätten nicht dauernd notwendig, die Gerichte um Schutz ihrer Ehre anzurufen, wenn nicht von rechts her mit den verwerflichsten Mitteln daran gearbeitet würde, ihre Ehre in den Kot zu ziehen. In die Plauener Aktendiebstahls- und Spionagegeschichte seien Beamte der preußischen Justiz in berechnendster Weise verwickelt. Sie fühlten sich auf beiden Seiten gedeckt: Hier von Kußmann-Caspary und deren Vorgesetzten in der Justiz, dort von dem offiziellen Organ der Deutschnationalen, der deutschnationalen Geschäftsstelle und einer Reihe von deutschnationalen Parlamentariern und Journalisten. Im Vorverfahren der Plauener Sache habe

der berüchtigte Spionageagent Knoll

eine Aussage gemacht, in der es heißt: „Ich habe das, was ich in meiner Aussage niedergelegt habe, größtenteils dem Studium der Akten entnommen, die mir im Februar 1925 von der Staatsanwaltschaft Berlin überlassen worden sind." Die Aussage Knolls zeige aber auch die Verbindung nach rechts. Er sagt nämlich über seine Hintermänner: „Ich habe von einer Gruppe von führenden Industriellen den Auftrag gehabt, Korruptionserscheinungen in der Industrie nachzugehen. Der Auftrag ist jetzt erledigt. Ich habe dafür Vergütung erhalten." Die Namen der Industriellen anzugeben, weigerte sich Knoll. Ich weiß aber, daß es der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Leopold im Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat ist, der mindestens 1500 ℳ für das Büro Knoll ausgegeben hat. Gegenüber der Behauptung der deutschnationalen Geschäftsstelle, nicht gewußt zu haben, daß dies vielfach verschobene Material sich gegen Stresemann richtete, lege ich auf den Tisch des Hauses den Prospekt dieses Materials. Dort heißt es:

„Hier ist besonders schwerbelastendes Material gegen Stresemann".

Warum wird Kußmann nicht suspendiert? Ist es wahr, daß er noch immer einflußreiche Hintermänner in der Staatsanwaltschaft hat und daß er behaupten kann: „Wenn ich reinfliege, fliegen noch ganz andere Kreise hinein?" (Hört! Hört! links). Aus dem Gemälde des Spitzelsumpfs ergibt sich die Feststellung, daß diese ganze Verleumdungsgesellschaft gestützt und getragen worden ist von den offiziellen Stellen der Deutschnationalen Volkspartei.

Abg. Dr. Seelmann (Dtn.) fragte, wie Kuttner zu seinem Material gekommen sei. Da spiele doch auch das Spitzelwesen eine Rolle. (Sehr richtig! rechts — Abg. Kuttner: Sorgen Sie dafür, daß Ihre Leute sich nicht immer in die Haare geraten! — Heiterkeit). Die Deutschnationalen seien niemals für Kußmann eingetreten. Die Vertrauenskrise in der Justiz werde solange anhalten, wie man nicht aufhöre, die Richter anzugreifen und zu versuchen, sie zu willenlosen Werkzeugen zu machen. (Sehr wahr! rechts). Merkwürdig still sei es in der Linkspresse wegen des im Disziplinarverfahren gegen den Landgerichtsdirektor Hoffmann ergangenen Urteils geworden. Der Minister müsse über dieses Disziplinarverfahren, in dem Hörling schwer belastet sein soll, noch Auskunft geben. (Zuruf des Ministers Dr. Schidt: „Das Urteil umfaßt 150 Seiten, ich habe es noch nicht ganz durchlesen können!") Bei Jürgens, der die Deutschnationalen parteimäßig garnichts angehe, müsse man sich fragen, wie nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung, der Staatsanwalt noch zu einem Zuchthausantrag kommen konnte. Zum Schluß verlangt der Redner, daß die Richterstellen lediglich nach sachlichen Gründen besetzt werden. (Beifall).

Abg. Wester (Z.) erklärte für seine Fraktion, daß sie sich mit allen Mitteln gegen eine Verreichlichung der Justiz wenden müsse.

Das Disziplinarverfahren gegen Dr. Thiele,

der im Falle Hoesle so schwer versagt habe, könne nicht befriedigen. Der Redner beschäftigte sich des Näheren mit den neuzeitlichen Strafvollzugs und forderte eine Zentralstelle für kriminalpsychologische Forschung. Das Vergeltungsprinzip dürfe im Strafvollzug nicht vernachlässigt werden zu Gunsten des reinen Besserungs- und Fürsorgeprinzips. Der nichtbesserungsfähige Verbrecher müsse für die Allgemeinheit unschädlich gemacht werden. Der Redner forderte ferner besondere Stellen für eine ergänzende Ausbildung der Beamten. Die ärztliche Betreuung der Gefangenen sei schärfer durchzuführen.

Der Landtag vertagte sich, nachdem noch die Abgg. Frau Dr. Klausner (Dem.) und Menzel (Komm.) gesprochen hatten.

★

Wenn bei den Etasberatungen kein anderes Zeitmaß eingeschlagen wird, so kann man sich darauf gefaßt machen, daß bis zur Pfingstpause, die bekanntlich am 21. Mai einsetzt, mit knapper Mühe die zweite Lesung des Etats zu Ende geführt ist, während man sich mit der dritten Lesung auf den nächsten Monat vertrösten muß. Dieser schleppende Gang der Beratungen verursacht natürlich eine außerordentliche Verspätung der Verabschiedung des Haushalts und macht einen etwas merkwürdigen Eindruck, da das preußische Staatsministerium den Entwurf schon zu einem ungewöhnlich frühen Zeitpunkt, nämlich bereits im November vorigen Jahres dem Staatsrat unterbreitet hat. Es wäre zu wünschen, daß die Debatten in einem etwas flotteren Fluß kämen und die Redezeit entsprechend abgekürzt würde, damit der Etat schließlich doch vor den Pfingstferien noch unter Dach und Fach gebracht werden kann.

Aus Westdeutschland.

▲ **Münster**, 6. Mai. **Tödlicher Autounfall.** Ein mit Steinen beladener Lastkraftwagen und Anhänger der Provinzialverwaltung kam auf der Landstraße Greven—Münster beim Ausweichen vor einem anderen Wagen ins Schleudern und stürzte die 8 Meter hohe Böschung hinunter. Die beiden Wagen überschlugen sich und begruben unter ihrer schweren Last den Führer, einen jungen Mann aus Hiltrup, der zu Tode gequetscht wurde. Der Beifahrer auf dem Anhänger konnte sich durch Abspringen retten, während der Beifahrer auf dem Motorwagen Armquetschungen davontrug. Wagen wie Anhänger wurden nur leicht beschädigt.

× **Borken**, 6. Mai. **Störer des Gottesdienstes.** Nach durchzechter Neujahrsnacht betrat der Landwirt Heinrich Homermann mit seinem Zechkumpanen Schröder die Kirche. In vollständig betrunkenem Zustande setzte sich Homermann auf die Treppe zur Orgelbühne und stöhnte und lang in unmotivierter Weise während der Priester die Kommunion austeilte. Wenn auch Homermann der Weisung des Küsters, die Kirche zu verlassen sofort nachkam so kann ein solches Verhalten in einer Kirche nicht scharf genug gerügt werden. Eine gerichtliche Strafe kam nicht zur Anwendung weil die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren.

× **Gronau**, 6. Mai. **14 Monate Gefängnis für einen Messerstich.** Eine exemplarische Strafe bekam der verheiratete 26jährige Erwerbslose Wilhelm L. in vollem Maße zu spüren. Am Sonntag abend, den 7. März 1927 hatte der Erwerbslose L. seinen letzten Geldbetrag von 1.50 Mark vertrunken. Auf der Straße traf L. den W. mit dem er bisher keinerlei Zusammenstöße gehabt hatte; trotzdem stänkerten sich beide gegenseitig an und W. trat dem L. auf die Füße. Als L. sich fortmachte, rief W. ihm nach: „Gute Nacht, du Feigling!" Plötzlich war L. hinter dem W. und stach ihm mit einem rostigen Messer in den Rücken. Dann lief L. fort und rief von weitem: „Ich steche dich tot, ich morde dich." W. mußte drei Wochen lang das Bett hüten, er konnte es dem Zufall verdanken daß der Stich nicht in die Lunge traf und eine Blutvergiftung herbeiführte. Das Schöffengericht in Münster verurteilte den Messerhelden zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Niermann, führte in der Urteilsbegründung aus, daß die Messerstechereien in letzter Zeit überhand genommen hätten und daß mit hohen Strafen gegen solche Messerhelden vorgegangen werden müsse, da der Tod unmittelbare Folge des Messerstiches sein könne. Der Angeklagte nahm das Urteil an.

× **Sendenhorst**, 6. Mai. **Kreditschwindel.** Der Fahrradhändler Theodar D. machte trotz Ueberschuldung weitere Bestellungen bei auswärtigen Firmen und gelang dadurch daß er sich als kreditfähig hinstellte, in den Besitz von Waren im Werte von über 200 Mark. An eine Bezahlung war nicht zu denken, so daß die Firmen um ihre Beträge geschädigt sind. Vom erweiterten Schöffengericht erhielt D. 1 Monat Gefängnis.

:: **Marl**, 6. Mai. **Das erste Todesopfer** hat die diesjährige Badezeit hier gefordert. Beim Baden im Lippe-Seiten-Kanal ist ein 14jähriger Junge aus der nahen Bauerschaft Lippe ertrunken. Die sofort angestellten 1½stündigen Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

!! **Recklinghausen**, 6. Mai. **Jagdhundschau.** Am Sonntag, den 22. Mai 1927, findet in Recklinghausen unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters Hamm eine große Katalogschau für Jagdhunde aller Rassen statt. Da bereits am 12. Mai Meldeschluß ist, liegt es im Interesse aller Aussteller, sich möglichst bald zu melden. Mit der Ausstellung ist eine Sonderschau des Klubs „Langhaar" Gau Lippe-Ruhr in Recklinghausen und des Vereins „Schwarzweiße große Münsterländer Vorstehhunde", Sitz Haltern, verbunden. Anmeldungen nimmt entgegen Kreisausschuß-Oberinspektor Franz Comprix, Recklinghausen, Elperweg 80.

Dortmund, 6. Mai. **Die Bierstadt Dortmund.** Ueber den Umfang der Biererzeugung in Dortmund erfuhr man gelegentlich der Beratung des städtischen Haushaltsplanes durch die Stadtverordnetenversammlung, die ihn nach den Vorschlägen des Magistrats angenommen hat, ein paar interessante Zahlen. Im Steuerjahr 1926/27 haben die Dortmunder Brauereien über 2 Millionen Hektoliter Bier gebraut, von denen rund 250 000 Hektoliter in Dortmund selbst vertrunken worden sind. Etwa 88 Prozent des in Dortmund gebrauten Bieres gelangt innerhalb Deutschlands und in sehr großen Mengen auch nach anderen Ländern zum Versand. Da Dortmund 325 000 Einwohner hat, entfallen auf jeden Einwohner 71 Liter im Jahre, oder auf den Tag ein Glas von nicht ganz zwei Zehntel Liter Inhalt, eine Menge, die geringer als der Konsum in der Vorkriegszeit ist. In der Dortmunder Brauindustrie hat sich im Laufe des letzten Jahrzehntes eine starke Konzentration geltend gemacht. Gab es vor dem Kriege in Dortmund 15 größere Brauereien, so ist deren Zahl durch Zusammenlegung und Auffaugung im letzten Jahrzehnt auf sechs zurückgegangen. Die Bierproduktion dagegen hat zugenommen. Die beiden größten Brauereien sind die Dortmunder Union-Brauerei mit einer Jahresproduktion von über 800 000 Hektoliter, und die Dortmunder Aktien-Brauerei mit etwa 500 000 Hektoliter.

= **Paderborn**, 6. Mai. **Im Steinbruch getötet.** Im Steinbruch der Gebrüder Götte in Scherfede wurde der Steinbrucharbeiter Bernhard Fritze infolge eines vorzeitig losgegangenen Sprengschusses durch herumfliegende Steine am Kopfe so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

△ **Duisburg**, 6. Mai. **Dr. Heußler angekommen.** Studienrat Dr. Heußler ist heute abend in Duisburg eingetroffen und von seiner Frau, seinen Freunden und Mitgliedern der Ortsgruppe Duisburg des deutsch-österreichischen Alpenvereins empfangen worden.

÷ **Uerdingen**, 6. Mai. **Die leidige Schußwaffe.** Ein junger Mann hatte sich in den Garten begeben, um mit einem Gewehr Spatzen zu erjagen. Durch einen unglücklichen Zufall ging die Waffe los. Die Kugel traf den jungen Menschen in den Kopf, so daß er auf der Stelle tot war.

:: **Düsseldorf**, 5. Mai. **Ein tödlicher Knockout.** In der vergangenen Nacht kam es in einem hiesigen Nachtlokal zu Streitigkeiten zwischen den Gästen, in deren Verlauf zwei Personen aus dem Lokal verwiesen wurden. Auf der Straße kam es zu einer Schlägerei zwischen dem Pförtner des Lokals und den beiden Ausgeschlossenen, wobei ein Bürovorsteher einen Boxhieb gegen das Kinn erhielt. Der Getroffene stürzte zu Boden und verschied, ohne wieder zur Besinnung gekommen zu sein. Der zweite Gast erhielt eine schwere Verletzung im Gesicht. Der Pförtner wurde bis zur weiteren Feststellung des Tatbestandes in Haft genommen.

△ **Köln**, 6. Mai. **Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost.** Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hielt heute hier unter dem Vorsitze des Reichspostministers Dr. Schätzl eine Sitzung ab. Der Verwaltungsrat besichtigte die verschiedenen Posteinrichtungen in Köln, ferner die Rundfunkeinrichtungen für das Rheinland, besonders den neuen Rheinlandsender in Langenberg. Für morgen ist die Besichtigung von Post- und Fernsprecheinrichtungen in Düsseldorf, Aachen und Essen vorgesehen.

▲ **Trier**, 6. Mai. **Unverständliche Haltung der Rheinlandkommission.** Die Stadtverordneten wählten als Nachfolger des aus den Diensten der Stadt ausgeschiedenen Beigeordneten Dr. Beisiegel den bisherigen Stadtsyndikus Dr. Schreiner zum besoldeten Beigeordneten. Dr. Beisiegel war bekanntlich während des Ruhrkampfes ausgewiesen worden; trotzdem die Stadtverordneten wiederholt einstimmig und dringend dessen Wiederzulassung gefordert hatten, hat die Rheinlandkommission erklärt, es sei nicht damit zu rechnen, daß er wieder als Beigeordneter der Stadt Trier zugelassen werde. Daran anknüpfend bemerkte der Oberbürgermeister in der Stadtverordnetensitzung: „Wir verstehen es einfach nicht, daß man trotz Locarno, Thoiry und Genf dem dringenden Wunsch der Trierer Bürgerschaft keine Rechnung getragen hat, daß man durch die Ablehnung die bittern Erinnerungen an die Zeit der Ausweisungen wieder weckt und uns den schweren Druck, der auf dem besetzten Rheinland liegt, in diesem Fall der Verwaltungsbeschränkung wieder recht empfinden läßt." In der gemeinsamen Erklärung der Stadtverordneten heißt es u. a.: Was uns Dr. Beisiegel besonders wert macht, sind die Gründe, die ihn gezwungen haben, Trier zu verlassen. — Beide Erklärungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Dr. Beisiegel, der inzwischen zum Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium ernannt worden ist, wurde seinerzeit ausgewiesen, weil man ihn für den Kundgebungszug der Trierer Bürgerschaft aus Anlaß der Ausweisung der oberen städtischen und staatlichen Beamten verantwortlich machte.

Zwei Todesurteile.

Bochum, 6. Mai.

In der Nacht zum 1. Dezember v. Js. brachen aus der Zuchthausabteilung des Bochumer Zentralgefängnisses zwei schwere Jungen, der Schlosser Franz Schürmann und der Metzger Anton Hoppe, aus. Hierbei schlugen sie den Oberwachtmeister Minerop durch eine Eisenstange nieder und verletzten einen Werkmeister durch Schläge auf den Kopf erheblich. Minerop, der eine klaffende Schädelverletzung davontrug, starb alsbald. Die beiden Verbrecher wurden am Weihnachtstag zu Bochum und Neubeckum verhaftet. Schürmann verbüßt eine Zuchthausstrafe bis zum Jahre 1938, Hoppe eine solche bis zum Jahre 1942. Beide Gesellen haben in der Gegend von Osnabrück, Warendorf und Münster schwere Raubtaten ausgeführt. Sie standen vor dem Schwurgericht unter Anklage des Mordes und der Meuterei. Die Schwurgerichtsverhandlung wurde zum Teil in der Zuchthausabteilung des Zentralgefängnisses geführt. Die Angeklagten waren stark gefesselt. Wie die Beweisaufnahme ergab, haben die Gesellen den Ausbruch seit Wochen planmäßig mit Ueberlegung ausgeführt. Mit einer von einem Webstuhl abmontierten Eisenstange traten sie dem Beamten entgegen, dem sie die Gefängnisschlüssel entrissen, und als dieser sich zur Wehr setzte, ihn niederschlugen. Auf dem Gerichtstisch liegen schwere Eisenstangen und der Schädel des getöteten Beamten. Die Beweisaufnahme schildert die beiden Angeklagten als gemeine Verbrecher, die bereits mehrfach mit Erfolg, Hoppe allein achtmal, Ausbrüche aus Strafanstalten ausgeführt haben. Bei einem Ausbruch aus der Strafanstalt in Münster streuten sie einem Beamten Pfeffer in die Augen. Nach ihrem Ausbruch aus dem Bochumer Zentralgefängnis führten sie in der Warendorfer und Osnabrücker Gegend schwere Einbrüche aus, wegen deren sie sich vor dem erweiterten Schöffengericht in Münster zu verantworten haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagten wegen Mordes und Meuterei die Todesstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht. Außerdem wegen versuchten Mordes gegenüber dem Werkmeister May zu 7 Jahre Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Das Schwurgericht verurteilte Schürmann und Hoppe wegen Mordes, versuchten Mordes und Meuterei zum Tode, zu 7 Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und zu Stellung unter Polizeiaufsicht.

Rundfunk.

Langenberg/468,8 — **Münster/241,9**

Dortmund/283.

Samstag, den 7. Mai.

Nachmittag: 1,05—2,05 Uhr: Dortmund (für Do, La, Mü): Ausgewählte Schallplatten. — 2,05—2,10 Uhr: Köln (für La, Mü, Do): 5 Minuten der Hausfrau. — 3,30—4 Uhr: Köln (für La, Mü, Do): Kinderfunk des Rektors Rudolf Simon, Köln. — 4—4,30 Uhr: Köln (für La, Mü, Do): Jugendfunk des Rektors Rudolf Simon, Köln. „Von deutschen Dichtern und ihren Werken: Gottfried August Bürger. 1. Lebensbild. 2. Dichtungen: a) Der wilde Jäger (gesprochen von Josef Kandner); b) Der Kaiser und der Abt. — 4,30—5 Uhr: Köln (für La): „Niederdeutsche Dichtung von 1700 bis zur Gegenwart" (6). Vortrag von Alfons Heitjan, Schriftleiter der Werag, Köln. — 5—5,30 Uhr: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin (für La, Mü, Do): Fortbildungskurse für Beamte. — 5,30—6,30 Uhr: Köln (für La, Mü, Do): Teemusik. Leitung: Regnerus Ringnalda. — 6,30—7 Uhr: Köln (für La, Mü, Do): Dr. Hermann Unger: „Klang- und Formmittel der Musik" (4). — 7,15—7,35 Uhr: Münster (für La, Mü, Do): Professor Hase, Münster: Einführung in die englische Sprache. — 7,40 bis 8 Uhr: Münster (für Mü, La, Do): Indien und die indische Kultur. Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Schmidt. — 8,15—9 Uhr: Köln (für La, Mü, Do): Heitere Stunde. — 9—10,30 Uhr: Köln (für La, Mü, Do): Sinfoniekonzert des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Dr. Wilh. Buschkötter. Solist: Walther Schulze-Prisca (Violine). Einführende Worte: Dr. Siegfried Anheitzer.



Zeno-Briefkasten.

Anfragen bitten wir unter Beifügung der letzten Monatsquittung **nur** an die Redaktion **dieser** Zeitung (nicht an den Zeno in Münster) zu senden. Anfragen ohne Namensunterschrift werden nicht beantwortet.)

Studienrat Dr. G. Ihr Sohn kann, wenn er die Dipl.-Ingenieurprüfung abgelegt hat, sich um Annahme als Anwärter für den höheren Telegraphen-Techniker-Dienst bewerben. Der Eintritt erfolgt als Postreferendar; während der dreijährigen Ausbildungszeit kann ein Unterhaltszuschuß gewährt werden. An die Ausbildung schließt sich die Ablegung der Assessorprüfung und die Ernennung zum Postassessor. Der Assessor erhält Diäten nach Besoldungsgruppe 10, bis seine planmäßige Anstellung in einer Stelle dieser Besoldungsgruppe erfolgt. Nach Maßgabe der verfügbaren Stellen rückt der Assessor in die höheren Besoldungsgruppen auf. So weit wir unterrichtet sind, ist diese Laufbahn im Gegensatz zu der höheren Postverwaltungslaufbahn nicht mehr gesperrt.

Zahnarzt A. Eine Verpflichtung, die von Ihnen nicht bestellte Wäsche der Firma wieder zuzustellen, besteht nicht. Ihr Schweigen kann der Absender keinesfalls als Annahme des Vertragsantrages auslegen. Die Firma ist verpflichtet, sich die Sendung selbst abzuholen, auch wenn Porto und Verpackung beigefügt sind. Ein Arzt, dem kürzlich unaufgefordert ein Dutzend Taschentücher zugesandt worden war, hat der Firma als Gegenleistung ein Rezept zur Vertilgung von Läusen unter Beifügung einer Liquidation in Höhe von 5 Mark übersandt und in seinem Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß, da die Forderung der Firma sich ebenfalls auf 5 Mark belaufe, beide Rechnungen damit ausgeglichen seien. Ob die Firma dieses Gegenangebot akzeptiert hat, wissen wir nicht.

G. W. Ein Konkursverfahren kann nur auf Antrag des Schuldners oder eines Gläubigers eröffnet werden. Geht der Antrag vom Schuldner aus, so hat dieser ein Verzeichnis der Gläubiger und Schuldner sowie eine Uebersicht der Vermögensmasse bei Stellung des Antrages einzureichen; geht der Antrag von einem der Konkursgläubiger aus, so muß dieser seiner Forderung und die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners glaubhaft machen. Wird der Antrag zugelassen, so hat das Gericht den Schuldner zu hören und, sofern dieser nicht seine Zahlungsunfähigkeit einräumt, die notwendigen Ermittelungen anzuordnen. Ist eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden, so kann der Antrag auf Eröffnung des Konkurses abgewiesen werden.

Frau Rechnungsrat N. Sie sind nicht verpflichtet, Ihrer Hausangestellten im Falle einer Erkrankung das Gehalt weiterzuzahlen, es sei denn, daß die Angestellte nicht länger als vierzehn Tage an der Leistung ihrer Dienste verhindert ist. Doch kann auch in diesem Falle das Krankengeld, auf das ihr Mädchen Anspruch hat, auf den Lohn angerechnet werden. Die Frist von vierzehn Tagen ist gesetzlich nicht festgelegt, das B. G. B., dessen Vorschriften über den Dienstvertrag auch auf das Dienstverhältnis von Hausangestellten Anwendung finden, spricht nur von einer „verhältnismäßig nicht erheblichen Zeit". Die Gerichte haben übereinstimmend dahin erkannt, daß bei einer Angestellten, deren Vertrag am 15. zum nächsten Monatsersten gelöst werden kann, eine vierzehntägige Behinderung als eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit anzusehen ist.

Kirchliches.

✝ **Münster,** 6. Mai. **Kirchliche Ernennungen in der Diözese Münster.** Pfarrer Wilhelm Köster zu Walsum zum Pfarrer in Billerbeck. — Kaplan Karl Vennekamp zu Hamborn zum Pfarrer in Recklinghausen St. Johann (Suderwich). — Kaplan Heinrich Hendricks zu Dülken zum Pfarrer in Uedem. — Kaplan Theodor Jörgens zu Sassenberg zum Pfarrer in Capelle. — Kaplan Wilhelm Soppe zu Duisburg-Meiderich zum Kaplan in Sassenberg. — Kaplan Franz Quinders zu Amern St. Georg zum Kaplan in Duisburg-Meiderich Herz-Jesu. — Kaplan Heinrich Thönes zu Emmerich zum Kaplan in Amern St. Georg. — Kaplan Karl Halbach zu Geldern zum Kaplan in Emmerich St. Adelgundis. — Kaplan Heinr. Schnitzler zu Hinsbeck zum Kaplan in Geldern. — Kpl. Gerhard Terhorst zu Lintfort zum Kaplan in Hinsbeck. — Seminarpriester Johannes Utzel aus Wesel zum Kaplan in Lintfort. — Kaplan Wilhelm Stellermann zu Cappenberg zum Kaplan in Mettingen. — Kaplan Franz Hillebrand zu Marl-Brassert zum Kaplan in Cappenberg. — Seminarpriester Josef Wenning aus Rheine zum Kaplan in Marl-Brassert. — Kaplan Josef Aretz zu Duisburg-Ruhrort zum Kaplan in Kevelaer. — Vikar Franz Lammerding zu Goldenstedt i. O. zum Kaplan in Greffen. — Seminarpriester Ernst Höh aus St. Tönis zum Kaplan in Mörs-Hochstraß. — Seminarpriester Theodor Borgwerth aus Gladbeck zum Kaplan in Bottrop St. Ludger. — Seminarpriester Josef Jansen aus Duisburg zum Kaplan in Hamborn Herz-Jesu. — Seminarpriester Ludwig Cohors-Fresenborg aus Münster zum Kaplan in Recklinghausen-Süd St. Marien. — Seminarpriester Herm. Feldmann aus Herzfeld zum Kaplan in Hervest-Dorsten St. Josef.

Das Jucken der Kopfhaut

ist eine Folge fettiger Kopfschuppen. Regelmäßige Verwendung von „Schampon mit dem schwarzen Kopf" mit **Nadelholzteer-Zusatz** beseitigt beides gründlich und wirkt gleichzeitig dem Haarausfall entgegen. Beim Einkauf verlange man ausdrücklich diese Spezialsorte und achte genau auf die nebenstehende, weltbekannte Schutzmarke.



Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

Bad Lippspringe heilt die Lunge.
Verlangen Sie Prospekt 140 kostenlos vom
Kaiser-Karls-Bad in Bad Lippspringe
am Teutoburger Walde
Adresse bitte genau beachten. [a3311

Statt Karten.

Hedwig Wülfing
Dr. med. Hans Kauffmann
Verlobte.

Borken i. Westf. — Köln a. Rhein

den 8. Mai 1927.

Kein Empfang. d2267

Statt Karten.

Die Verlobung unserer Tochter Else mit dem Apotheker Herrn Erich Jansen beehren wir uns anzuzeigen

Hermann Cohausz u. Frau
Emma geb. Büning.

Meine Verlobung mit Fräulein Else Cohausz Tochter des Fabrikanten Herrn Hermann Cohausz und seiner Gemahlin Emma geb. Büning, beehre ich mich anzuzeigen

Erich Jansen.

Südlohn — Mai 1927 — Stadtlohn

Zur zwanglosen Besichtigung unserer

großen neuausgestatteten
Möbel-Ausstellung
im Fürstenberghaus

laden wir ergebenst ein

Rack & Korte, Münster,

Alter Steinweg 16 — Möbel
Ludgeristraße 89/90 — Teppiche, Gardinen, Dekorationen

Größtes Spezialhaus für gute, gediegene Wohnungseinrichtungen des Münsterlandes

Prof. Dr. Ramstedt
Münster, Rafaelsklinik,
von der Reise
zurück
cpt2633

Sehr viel Geld
sparen Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in Schlafzimmern, Herrenzimmern, Küchen und sonstigen
Möbeln
bei mir in der Fabrik eindecken. Teilzahlung gestattet. Lieferung überallhin franko. Anfragen unter E F 743 an Anz.-Verw. der Zeno, Münster

Eintagskäken
rebhuhnfarbige Italiener, auf Leistung gezüchtet, lieferbar am 13. 5 und 4. 6. vl9092

Junghennen
9—10 Wochen alt, sofort lieferbar. Bestellungen rechtzeitig erbeten.
W. Schmauck, Senden.

Achtung! Jäger!
Drilling
(Sauer & Sohn, Suhl), 16, 16, 9, 3 m Hähn, gut erhalten, billig zu verkaufen. cpt2635
Off. unter M 223 an die Münst. Morgenpost, Münster i. W.

Mauserpistolen 7,63
laufend gesucht, gebe Jagdwaffen usw. in Tausch, sende auch vorein. Verlangen Sie Ankaufsliste, es lohnt sich. cpt2565
E. E. Kieferle, Randegg Baden.

Hühner
junge bewährte Legerassen reell u. billig. Illust. Katalog frei.
Hofmeg. Rassegfl.
Hainstadt 48, Baden.

Gebrauchte vl9076
Hannomag-Limousine
preiswert zu verkaufen.
Hans Steck, Coesfeld. Tel. 267 — Tel. 293

Jede Sorte **gebrauchte** und zerrissene
Säcke
kauft in kleinen und großen Mengen
Dortmunder Sackfabrik
Otto Sticht, Dortmund, Kreuzstr. 18. Tel. 936. a3291

Allgäuer Käse

10 Pfd.	Emmentaler Käse	14,00 ℳ
10 „	20proz. Limb. „	5,40 „
10 „	Molkereibutter	16,50 „
60 St.	Delikatesskäse	10,80 „

Versand in Postpaket frei Haus. Nachnahme. a3302
J. Schötz, Augsburg A 30.

Ein unentbehrliches **Hausmittel**
Ätenfong-Essenz (Destillat
3 Probeflaschen Mk. 1,—, 1 Dtzd. Mk. 3,—. Porto u. Verpackg. extra. 30 Flaschen Mk. 8.50 franko u. inkl. Empfehle noch billig: Eucalyptusöl, Wachholderkaft, Karmelitergeist. Preisliste kostenlos. Versand gegen Nachnahme. a3314
Hugo A. Schöler, Chem. Laboratorium, Naumburg a. Saale 28. Geschäft seit 1791 in Händen m. Familie.

Prima innengelötete
Steinfelt-Fahrräder
versenden wir direkt an Private. Vertreter hohen Nebenverdienst. Preisliste gratis und franko
Steinfelt-Fahrradindustrie
Neuenkirchen bei Rheine i. Westf.

Köstlicher Kölsch

ist der „Adler-Emmentaler" — dabei leicht verdaulich und von hohem Nährwert. Überzeugen Sie sich morgen schon davon und kaufen Sie im nächsten Geschäft einen „Adler-Emmentaler". Sie werden sich ehrlich über dessen vorzügliche Qualität freuen.
Adler-Emmentaler ohne Rinde
nahrhaft und wohlschmeckend
Zu haben in allen Feinkosthandlungen.
Alleinige Fabrikanten
Gebr. Wiedemann,
Wangen-Allgäu — Luzern-Schweiz.

Bad Dürrheim
Badischer Schwarzwald 7—800 Meter ü. M.
Höchstgelegenes **Solbad** Europas
Luftkurort - Heilerfolge
der Sole mit Höhenluft und Höhensonne unübertroffen. 2 staatliche Solbäder, alle medizinischen Bäder und Inhalationen. 1600 Betten in Hotels, Pensionen, Kinderheimen und Kuranstalten. — Kurmusik. — Herrliche Waldungen.
Bereitwilligst Prospekte durch a3200
Kur- und Verkehrs-Verein

Kunstglieder
aller Systeme
bedeutend im Preise ermäßigt.

Unterschenkelbein	145,— Mk.
Oberschenkelbein	155.— Mk.
Beinschienenapparate	60—145,— Mk.
Unterarm	70,— Mk.
Oberarm	105,— Mk.

Stützkorsett für Rückgratverkrümmung, Syst. Hülferstiftung bis 80,— Mk.
Garantie für guten Sitz und Verarbeitung.
Carl Brinkmann Nachf.
Inh. H. Spielbusch
Münster i. W., d2279
Aller Fischmarkt 6. — Telephon 640

Baubuden
zu kaufen gesucht.
Eilofferten mit Preis unter V 1503 an die Anz.-Exp. **E. Wendel,** G. m. b. H. **Münster i. W.,** Salzstraße 57. b227

Radio billig!
Liste mit **Vorzugspreisen** über gebrauchte Apparate **umsonst.**
Detektor-Apparate von 5.— Mk. an
Einröhren-Apparate von 20.— Mk. an
Zwei-, Drei- u. Fünfröhrengeräte 25—80.— Mk.
Lautsprecher 16.50 bis 75.—
Große Liste, 254 Seiten mit über 800 Artikeln, vielen Abbild. Schaltungen, Formeln und Aufsätzen namhafter Fachleute, gegen 50 Pfg. in Marken. Ratenzahlungen gestattet
Radio-Lemmert, Dortmund
Hansastr. 16. Fernsprecher 7332. Westenhellweg 134.
Aeltestes Fachgeschäft am Platze. a3295

Die unbestrittenen d2277
Vorzüge
des
NSU-Motorrades
6.5 PS Einzylinder 250 ccm
Viertaktmotor höchster Präzision
Einfachste Konstruktion und Bedienung
Niedrige Bauart, daher gute Lage
Hervorragende Federung
Stoßdämpfer, Ballon-Bereifung
Unerreichte Schnelligkeit, Größte Steigungskraft

	100 km	300 km
Sparsamster Verbrauch	2½ Ltr. Benzin	1 kg Oel

Jährliche Steuer nur 25 Mk. Preis frei Haus nur
Mk. 815.—
Ratenzahlung bis zu 12 Monaten
Generalvertreter:
Friedr. Saßmann
Inh.: H. Lödige jr., Motorfahrzeuge u. Fahrräder.
Telephon 283 — Münster i. W. — Glaspassage
Zubehör — Reparaturen — Ersatzteile
Eigene Fahrschule. — Kostenlose Fahrausbildung.

Kötterei.
Landwirtschaftliche Kötterei mit 23 Morgen Eigenland und 11 Morgen Pachtland ist unterhändig durch den Unterzeichneten zu kaufen.
Der Kotten hat besten Kleeboden, gute Gebäude, liegt 20 Minuten von kath. Kirche und Schule, 7 km von der nächsten Bahnstation.
Bei schriftlichen Anfragen sind 50 Pfg. Porto beizufügen.
Dülmen, den 4. Mai 1927.
Johannes Bockholt.
Auktionator. Tel. Nr. 30.
d2268

Verdingung.
Die Arbeiten und Lieferungen für die Instandsetzung der Sixtusstraße sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. Angebotsformulare sind vom Stadtbauamt Lippstr. 26 gegen Erstattung von 1,00 Mk. zu beziehen.
Verschlossene Angebote mit der Aufschrift „Angebote für die Instandsetzung der Sixtusstraße" sind bis Montag, den 16. d. M., vormittags 11 Uhr dem Unterzeichneten einzureichen. Die Eröffnung der Angebote findet in Gegenwart etwa erschienener Bieter zu der angegebenen Zeit statt. Zuschlagsfrist 14 Tage.
Dr. Altemühle, Bürgermeister
vl9096 — Haltern.

Bedeutende, **alte deutsche** Versicherungs A. G. sucht für den Bezirk einen tüchtigen
General-Agenten
für die Lebens-, Feuer-, Haftpflicht-, Unfall-, Kasko-, Transport-Branchen, der nachweislich schon im Versicherungsgewerbe mit guten Erfolgen tätig war. Ausreichende Bezüge werden gewährt. In Frage kommen nur die Herren, die den Zeitverhältnissen entsprechend fleißig sind und mit Agenten arbeiten können. a3318
Offerten mit Referenzen sind zu richten unter F J 747 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster.

In einer Gastwirtschaft in Warendorf wird für sofort ein tüchtiges
Mädchen
nicht unter 20 Jahren bei Familienanschluß u. gutem Lohn gesucht. Selbiges muß kochen können (1 Kuh vorhanden). Offerten unter B P an den Neuen Emsboten, Warendorf. vl9084

Wo findet
ein 23—24j. bess. Mädchen, perfekt im Kochen, Backen u. Nähen Bedingung 50 Mk. Lohn, und ein 18—19j. flink., fleiß. Mädchen in der Nähe Münsters geeign. Stella in herrschaftlichem Hause.
Wir suchen
f. einen 14—15j. Waisenknaben Schneider- oder Schuhmacher-Lehrstelle und für einen besseren großen u. kräftig. Jungen im selben Alter Lehrstelle als Schlosser oder Elektrotechniker. a3215
Kath. Fürsorgeverein Recklinghausen, Königswall 31.

Suche per sofort als
erste Kraft
für mein Manufaktur-, Modewaren- und Konfektionsgeschäft eine
tüchtige Verkäuferin.
Kost und Logis im Hause.
Offerten unter F F 744 an die Anzeigenverw. der Zeno, Münster. b2275

Suche für meine Tochter, Landwirtstochter, Stelle zur
Erlernung der Küche und des Haushalts
am liebsten in Münster oder dessen Umgegend. Etwas Taschengeld erw. Offerten unter F H 746 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster. b2283

Dreher
an saubere Arbeit gewöhnt, per sofort gesucht.
Maschinenbau Scholz, Burgsteinfurt i. W.
b2282

Baugeschäft sucht zu sofortigem Eintritt für dauernde Beschäftigung einen strebsamen zuverlässigen
Zimmerer-Polier
der absolut selbständig arbeiten kann. vl9087
Bewerbungen mit Lebenslauf unter M 300 an die Münsterländ. Volkszeitung in Rheine.

Klempner und Kupferschmied
erfahren in Pumpenanlagen, für Dauerstellung sucht vl9095
Wilh. Lünting, Coesfeld i. W.

Suche zum 1. Juni ein braves kath. cpt2632
Mädchen
für alle vorkommenden häuslichen und landwirtschaftlichen Arbeiten. Vorstellung erwünscht.
Frau Aug. Lehmkuhl, Münster.
Gremmendorfer Weg 125. Telephon 1148.

Suche zum 1. Juni ein braves kath. cpt2634
Mädchen
welches mit allen Arbeiten vertraut ist. Fam.-Anschluß. Lohn nach Uebereinkunft.
W. Hölscher, Gartenbaubetrieb, Münster, Auf der Horst 5

Zum 15. Mai oder 1. Juni ein tüchtiges, ehrliches vl9091
Mädchen
für kleinen Geschäftshaushalt gesucht. Wäsche außer dem Hause.
Frau Th. Börgers, Bocholt, Münsterstr. 18

Suche wegen Erkrankung des jetzigen ein zuverlässiges kath.
Mädchen
für sofort oder auch später, welches bereits längere Jahre im Haushalt tätig war. vl9094
Frau Wilh. Linde, Rheine i. W., Poststraße 24

Suche für mein Manufaktur- und Konfektionsgeschäft zum 1. Juni oder Juli eine gewandte, zuverlässige kath. vl9093
Verkäuferin
die in mittleren Geschäften tätig war. Logis im Hause. Angebote mit Zeugn. und Gehaltsansprüchen erbeten unt. Nr. 110 B an die Lüdinghauser Zeitung.

Auf einem Gutshof im Kr. Münster i. W. wird eine gesunde Kraft
Landwirts- oder Kötterstochter
gesucht, nicht unter 18 J., bei Familienanschluß und Gehalt, für alle vorkommenden Arbeiten. Gelegenheit, die Küche zu erlernen. [b2280
Näh. Theod. Hannepeper, Albersloh bei Münster.

Suche zum 1. Juni ein kath. braves cpt2634
Mädchen
welches mit allen Arbeiten vertraut ist. Fam.-Anschluß. Lohn nach Uebereinkunft.
W. Hölscher, Gartenbaubetrieb, Münster, Auf der Horst 5

Mädchen
für besseren Etagenhaushalt nach Düren (Rhld.) gesucht für alle Hausarbeiten, ausgenommen gr. Wäsche. Nähkenntnisse Bedingung. Kindermädchen vorhanden. Bei Anstellung Reisevergütung.
Näh Halterner Zeitung, Haltern. vl9044

Heimarbeit vergibt
B. Holfter Breslau Hb

Offene Stellen

Braves zuverlässiges
Mädchen
welches auch Landwirtschaft versteht, sofort gesucht. vl9080
Herm. Lödding, Dülmen, Lüdinghauser Straße.

Ein älteres ehrliches kath. d2276
Mädchen
nicht unter 24 Jahren, wird zum 15. Mai gesucht.
Dombäckerei Datteln, Heibeckstraße 20.

Suche zum 1. Juni ein zuverlässiges kath.
Küchen-Mädchen
welches Hausarbeit mit übernimmt. vl9088
Hirsch-Apotheke, Dülmen.

Suche zum 1. Juni in eine Gast- und Landwirtschaft auf dem Lande ein tüchtiges d2281
Mädchen
welches mit Haus- und Gartenarbeit vertraut ist. Selbig. muß auch melken können. Offerten unter F G 745 an die Anzeigenverw. der Zeno, Münster.

Vertreter
f. Dampfwaschapparat D.R.P. ges. a3316
Kempf, Dortmund, Münsterstraße 96.

Vermischte Anzeigen

Großes vl9090
Ladenlokal
mit 2 Schaufenstern, evtl. mit Wohnung, an der Hauptstr. im Mittelpunkt der Stadt Bocholt gelegen zu vermieten.
Offert. unt. T 5228 an d. Bocholter Volksblatt. Bocholt, erbeten.

Herrschaftl. großes
3-Familien-Haus
mit vorgesehr. Ladenlokal und Lagerräumen, für Feinkost- und Kolonialwaren-Geschäft geeignet, nahe Ludgerplatz (Münster), sofort mit 5—6000 Mk. Anzahlg. preiswert zu verkaufen. Gefl. Off. unt. M 222 an Münster, Morgenpost, Münster.

Gesuchte Stellen

Auf einen Hof von 200 Morgen im Kreise Coesfeld tüchtiger vl9057
Landwirtssohn als Stütze
wegen Krankheit des jetzigen für sofort gesucht.
Angebote unter Nr. 155 an „Allgemeine Zeitung" in Coesfeld i. W.

2 fast neue vl9089
Benzin-Motore
Marke Deutz mit Verdampfungskühler, geeignet zum Aufbauen auf Wagen, zu verkaufen.
Off. erbeten an
Bernhard Kelten-Schmith,
Mussum 24 b. Bocholt.

Aufbewahren! Ausschneiden! Aufbewahren!
Um die vielen telephonischen u. telegraph. Anfragen zu vermeiden, den Kranken zur Kenntnis, daß
meine Sprechstunden
nur **Donnerstags u. Samstags** von 8—12 und 2—7 Uhr, **Sonntags** von 8—1 Uhr sind.
Behandlung innerer und äußerer Krankheiten, Spezialbehandlung von Hautkrankheiten, Beinleiden, Nervenleiden durch Homöopathie, Naturheilverfahren. Höhensonne, Lichtbehandlung, Elektro-Therapie. 30jährige Praxis. Bekannte Erfolge.
Heil-Institut Janssen, Münster, Theklingstr. 3
Telephon 3061. cpt2630


Nimm Kraussens Waschmaschine, Ich rat' es Dir! Christine
Aufklärende Druckschrift und Nachweis von Verkaufsstellen durch die
Niederlage der Krausswerke, Hamm (Westf.)